

tigten Wahlleiter. Bisiang sind erst 310 Weimarer bereit, in einem der Wahllokale mitzuarbeiten. Ein Grund dafür ist, dass viele Helfer bei den Wahlen selbst kandidieren.

einen falschen Reisepass auf seinen Namen ausstellen zu lassen. Und der Chemnitzer hielt auch noch Jahre danach per Telefon Kontakt zu den dreien. Allerdings habe ihn immer Mundlos

Monat B. von Bonn aus. Autoritärere des Trios gewesen sein, der Mundlos schon einmal bevormundet habe, das aber offensichtlich nicht mit Zschäpe machte. B. vermutete auch, dass

Monaten, nachdem der Nationalsozialistische Untergrund Anfang November 2011 aufgedeckt worden war. Immer wieder befragten ihn damals Beam-

B. bei seiner Freundin Mandy S. ausgezogen sei, kommt zur Sprache. Der Polizei hatte er letztlich erzählt, dass er von Böhnhardt dafür einen Schreck-

Die Zschäpe-Anwälte kündigten noch eine Erklärung zu den Aussagen an. Es ist davon auszugehen, dass sie deren Beweiswert bestreiten werden.

Chefredaktion:
Chefredakteur: Pa
Stellvertreter: Dirk

Leitende Redakteur:
Michael Backfisch
Mirko Krüger

Chef vom Dienst:
Online: Jan Hollitz

Wirtschaft: Dietm
Landesredaktion:
Beilage: Hanno M
Unterhaltung: InG
Sport: Gerald Mü
Red.-Technik: Do
Dokument.: Doro
TA Berlin: Wolfiga

Lokalausgaben: A
Langensalza, Eise
genstadt, Ilmenau
Sömmerda, Sond
Die THÜRINGER A
Magazin „tv“ un
„Der Thüringer-S

Sie haben Fragen
zu Ihrem Abonne
Telefon (0361) 5
Mo. bis Fr. 7-19
leserservice@th
www.thueringer

Sie möchten eine
Telefon (0361) 5
anzeigerservice@
www.thueringer

Verlag:
ZGT Zeitungsgrup
Gottstedter Lands

Geschäftsführung
Inga Scholz (Spr
Manfred Braun, T
Fax (0361) 227 50
geschäftsfuehru
Verantwortlich fü
Andreas Hohman
Verantwortlich fü
Lutz Schulz

Anzeigenpreislist
Erfüllungsort und
Mahnverfahren is
gen politischen A
die Meinung der
ber dar.

Der Verlag überna
sandte Manuskri
keine Gewähr.

Druck:
TA Druckhaus Gr
Gottstedter Land:
Telefon (0361) 2
TechnischeLeitun
Zur Herstellung d
wird Recycling-Pi

Redaktio
Tino Ric

WEST-THÜRINGEN

neue Staffel für Fernsehserie Familie Dr. Kleist

Die ARD wird das Drehbuch für die sechste Staffel der in Eisenach spielenden Fernsehserie „Familie Dr. Kleist“ entwickeln. Das teilte Programmdirektor Volker Herres laut Stadtverwaltung in einem Schreiben an die Stadt mit. Grundlage sei ein Beschluss der Ständigen Fernsehprogrammkonferenz.

Mehr aktuelle Nachrichten:
www.thueringer-
allgemeine.de

VON MATTHIAS THÜSING

Erfurt. Thüringens FDP-Chef Uwe Barth will sich mit der Einstellung der Betrugsermittlungen gegen Ex-Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) nicht abfinden. „Die Entscheidung nebst Begründung der Staatsanwaltschaft Erfurt erscheint mir zweifelhaft“, legte er bei der Generalstaatsanwaltschaft in Jena Beschwerde ein.

Diese möge einmal den „Sachverhalt einschätzen“. Barth hatte im vergangenen Sommer die Anzeige gestellt, nachdem die Gehaltsaffäre des stellvertretenden SPD-Landeschefs bekannt geworden war. Machnig hatte seit Jahren gleichzeitig ein volles Ministergehalt in Thüringen und Ruhestandsbezüge vom Bund erhalten.

Die Staatsanwaltschaft Erfurt mochte in Machnigs Verhalten

jedoch keinen Vorsatz erkennen. Die Doppelalimentation des Beschuldigten beruhte nicht auf vorsätzlichen Handlungen oder Unterlassungen des Beschuldigten“, heißt es in der Einstellungsverfügung. Machnig habe stattdessen darauf vertrauen können, dass die beteiligten Behörden seine Bezüge korrekt berechnen würden.

Barth hingegen zeigte sich von der juristischen Begrün-

dung der Einstellungsverfügung „verwundert“. Der Freidemokrat sieht den Umstand nicht ausreichend gewürdigt, dass Machnig mit jedem Gehaltszettel einen Hinweis auf seine „Mitwirkungspflichten“ erhalten hatte. Diese verpflichten jeden Thüringer Minister, die Gehaltsstelle auf alle Änderungen in seinem Einkommen hinzuweisen.

„Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat es leider versäumt, in

ihrer Begründung auf diesen Umstand einzugehen“, urteilt Barth. Zudem habe Machnig den Bund erst im Februar 2010 darüber informiert, dass er in Thüringen ein Ministergehalt beziehe. „Minister war er aber schon seit November 2009“, so Barth. Insofern habe die Erfurter Staatsanwaltschaft nicht einmal den gesamten Zeitraum der Doppelzahlungen auf schuldhaftes Verhalten hin überprüft.

Karlsruher Richter: Weniger Politik in Gremien des ZDF

Jenaer Verfassungsrechtler Michael Brenner sieht umfassende Überarbeitung auch beim MDR auf der Tagesordnung

VON UTE RANG

Erfurt. Das Bundesverfassungsgericht hat den Einfluss von Politikern auf das ZDF beschränkt. Der Anteil der Vertreter von Staat und Parteien in den Aufsichtsgremien dürfe höchstens ein Drittel betragen, entschied das Gericht am Dienstag. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk dürfe nicht zum „Staatsfunk“ werden.

Derzeit besteht der Fernsehrat des ZDF, der 77 Mitglieder hat, zu 44 Prozent aus staatsnahen Vertretern. Aus Thüringen

sind Staatskanzleiminister Jürgen Gnauck (CDU) für die Landesregierung und die Rektorin der Fachhochschule Jena, Professorin Gabriele Beibst, als Vertreterin der Wissenschaft im ZDF-Fernsehrat.

Im Verwaltungsrat des ZDF, der den Intendanten überwacht, sind 6 von 14 Mitgliedern Staat und Parteien zuzurechnen. Professor Gerd Zimmermann aus Thüringen, der langjährige Rektor der Bauhaus-Universität Weimar, wurde als staatsfernes Mitglied vom Rundfunkrat in den Verwaltungsrat gewählt.

„Ausgewogen und zukunftsweisend“ nennt der Jenaer Verfassungsrechtler Professor Michael Brenner das Urteil aus Karlsruhe.

Es stärke die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und verfolge einen pluralen Gedanken, der dem gegenwärtigen Stand der Gesellschaft in ihrer großen Bandbreite entspricht. Wenn weniger Vertreter der Politik in den Gremien säßen, sei Platz für neue Vertreter gesellschaftlicher Gruppen.

Somit wirke das Urteil einer „Versteinerung“ entgegen, die

sich aus jahrzehntelang gelenden Bestimmungen des Staatsvertrags ergeben kann.

Die Länder haben bis Ende Juni 2015 Zeit für eine Neuregelung. Das nennt Michael Brenner eine „sehr ambitionierte, straffe Zeitvorgabe“. Der neue Vertrag muss immerhin von 16 Staatskanzleien ausgearbeitet und von 16 Landtagen beschlossen sein, um zu gelten.

Unmittelbar betrifft die Karlsruher Entscheidung das ZDF. In ihren Grundsätzen sind aber alle öffentlich-rechtlichen Sender, also auch die ARD-Anstalten ge-

meint. „Auch beim MDR wird es zu einer umfassenden Überarbeitung der Gremien kommen“, sieht Michael Brenner voraus. Eine erste Prüfung deuten die Vorsitzenden der Gremien aus den ARD-Anstalten gestern von sich aus an. Sie soll sich darauf beziehen, „ob und inwieweit Anpassungs- oder Optimierungbedarf besteht“.

„Das Karlsruher Urteil hat am Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundsätzlich nicht gerüttelt. Das ist eine gute Nachricht“, sagte der Verfassungsrechtler aus Jena.



Professor Michael Brenner lehrt in Jena Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht.